

Niederschrift

über die 26. öffentliche Sitzung des Beirates Obervieland
am Dienstag, den 11.03.2014 um 19.30 Uhr
im visit-Hotel Links der Weser, Saal Theodor Billroth I & II,
Senator-Weßling-Str. 1 A, 28277 Bremen

Anwesende:

- Sitzungsleitung: Herr Arndt
- Beiratsmitglieder: Herr Böhrnsen, Herr Fabian, Frau Graue-Loeber, Herr Markus, Herr Munier, Herr Peters, Herr Sachs, Herr Sager, Frau Scharff, Herr Schmidt, Herr Stehmeier, Herr Winter (Es fehlten entschuldigt: Frau Becker, Frau Blumstengel, Herr Frese, Herr Wiedau, Herr Wilkens)
- Herr Staatsrat Bercke vom Gesundheitsressort, Frau Dervedde (Geschäftsführerin GeNo), Frau Peter und Herr Rusmann von GeNo, Frau Kleinschmidt und Frau Funke (Zweite Chance/ Strickleiter Süd)
- Protokollführung: Herr Arndt

Tagesordnung

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger**
- 3. Einrichtungen des Stadtteils stellen sich vor**
- 4. Klinikum Links der Weser – Auswirkungen der Einheitsgesellschaft „Gesundheit Nord gGmbH (GeNo)“ auf den Stadtteil Obervieland**
- 5. Förderung orts- und stadtteilbezogener Maßnahmen**
- 6. Genehmigung der Niederschriften vom 14. 01. und 11. 02. 2014**
- 7. Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

Herr Arndt begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Arndt teilt mit, dass unter TOP 5 die Anträge des Martinsclubs und der Paulus-Gemeinde zurückgestellt worden seien. Hinzugekommen sei dagegen der Antrag der Freizeitgemeinschaft Arsten.

Die Tagesordnung wird mit den o. a. Änderungen einstimmig angenommen.

TOP 2 Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Eine Bürgerin beschwert sich über die zunehmende Vermüllung im Bereich Kattenturm-Mitte.

Herr Sachs teilt mit, dass die Leistelle Saubere Stadt hierfür zuständig sei.

Ein Bürger bemängelt die Parkplatzsituation in der Carl-Katz-Straße. Bei Sportveranstaltungen sei der Parkplatz entschieden zu klein.

Außerdem werde dort die 30km/h Zone öfter als Rennstrecke benutzt. Herr Peek entgegnet, dass es zu wenig Personal gebe, um dort regelmäßige Messungen durchzuführen. Herr Peek will die Information weiterleiten.

Herr Fabian weist auf das Messgerät hin, welches dem Beirat gehöre. Der Hinweis soll in die Liste mitaufgenommen werden.

Herr Schmidt berichtet, dass an dieser Stelle keine „Montagemöglichkeit“ für das Messgerät vorhanden sei. Es soll geprüft werden, ob in den angrenzenden Straßen die Möglichkeit der Messung bestehe.

Eine Bürgerin schlägt vor, verkehrsberuhigende Maßnahmen wie „Berliner Kissen“ vorzunehmen.

Herr Arndt schlägt vor, das Thema im FA Verkehr zu behandeln. Der Beirat stimmt dieser Verfahrensweise einstimmig zu.

TOP 3. Einrichtungen des Stadtteils stellen sich vor

Frau Kleinschmidt berichtet über das „Schulmeiderprojekt Zweite Chance/ Strickleiter Süd“.

Das vom europäischen Sozialverband vorgegebene Projekt gebe es nun seit 2006 am Standort in Obervieland. Ziel des Projekts sei es, junge Menschen die ihren Schulabschluss durch Schulverweigerung gefährden würden, in das Schulsystem zurückzuführen.

Frau Kleinschmidt erklärt, dass sie gemeinsam mit Herrn Jürgen Schlüter dieses aus Mitteln des Ressorts Soziales und Bildung finanzierte Projekt seit 2003 betreue. Ursprünglich sollte die Förderung im Jahre 2013 eingestellt werden. Da die Zielgruppe des Projekts aber nach wie vor individuelle Unterstützung dringend benötige, seien Bemühungen in alle Richtungen des Stadtteils und über den Stadtteil hinaus unternommen worden, um das Projekt zu verstetigen. Die Trägerin des Projekts, das Deutsche Rote Kreuz, habe nun eine Fortführung bis Ende 2014 zugesagt. Ende 2013 sei dies aber alles noch nicht absehbar gewesen.

Herr Fabian stellt die Frage, wie die Arbeit konkret vor Ort aussieht.

Frau Kleinschmidt berichtet, dass die Arbeit sehr individuell gestaltet sei. Ein Kind müsse z.B. von zu Hause abgeholt werden, während für ein anderes Kind eine Erinnerung durch SMS genüge. Nach 6 Jahren sei es inzwischen gut gelungen, die Kinder wieder an die Schule heranzuführen. Das Problem besteht jetzt eher darin, dass die Kinder oft teilnahmslos das Ende des Unterrichts abwarten würden. Um die Kinder aus ihrer Passivität heraus zu holen, würden sie regelmäßig auf die Förderstunde

angesprochen und es würde ihnen vermittelt, dass man sich auf sie freue. Sobald die Kinder spürten, dass sie Erfolg hätten, besserten sich auch ihre Leistungen. Es gebe auch Fälle, wo die Mutter psychisch krank sei und die Kinder äußerten, dass sie nicht so zeitig zu Hause sein dürften, da die Mutter Ruhe benötige. Dann setze man sich mit den Kindern zusammen, mache Hausaufgaben mit ihnen und führe Gespräche z.B. übers Praktikum. Es würden auch gemeinsam die Praktikumsbetriebe besucht sowie Gespräche mit den Eltern und den Klassenlehrern geführt, um über die bestehenden Schwierigkeiten zu sprechen. Das Motto laute einfach: „Schön, dass du da bist!“.

Auf das messbare Ergebnis ihrer Arbeit angesprochen erklärt Frau Kleinschmidt, dass 60% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder fest integriert würden, so dass sie ihren Schulabschluss machen könnten. In diesem Zusammenhang bedankt sich Frau Kleinschmidt bei Frau Elfers, der Schulleiterin der integrierten Stadtteilschule. Frau Elfers habe das Projekt von Anfang an unterstützt.

Herr Böhrnsen möchte wissen, in welcher Altersklasse sich die Kinder befinden und wie sie in das Projekt gelangen.

Frau Kleinschmidt erklärt dazu, dass die betroffenen Kinder vom BSF ausgesucht würden. Die Kinder seien zwischen 12 und 16 Jahre alt. Sollte ein Kind einen Bedarf haben, aber erst 11 Jahre alt sein, würde es dennoch begleitet. Die Klassenlehrer würden ihre Informationen über die Kinder an die Sozialpädagogen und die Schulleitung herantragen. Es werde dann gemeinsam mit den Klassenlehrern ein Antrag gestellt. Dieser Beratungsantrag gehe dann an das Beratungs- und Unterstützungszentrum in Bremen (REBuZ), welches wiederum das das Amt für Soziale Dienste verständige.

TOP 4. Klinikum Links der Weser – Auswirkungen der Einheitsgesellschaft Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) auf den Stadtteil Obervieland

Herr Gesundheitsstaatsrat Härtel bedankt sich zunächst für die Einladung. Er berichtet darüber, was gemäß dem Senatsbeschluss vom 18.02. bzgl. der Einheitsgesellschaft im Laufe dieses Jahres vollzogen bzw. zum Ende des Jahres umgesetzt sein soll, damit es zum 01.01.2014 rückwirkend wirksam werden könne.

Die Grundsituation der Kliniken, so Härtel, sei im gesamten Bundesgebiet sehr angespannt. Eine große Anzahl von Krankenhäusern befinde sich inzwischen in einer prekären wirtschaftlichen Lage. Nur mit einer hinreichenden Ausstattung an investiven Mitteln sei es den Krankenhäusern heute noch möglich, ihren Gerätepark und die Bausubstanz instand zu halten, zu erneuern oder gar zu verbessern.

In diesem Bereich hätten alle Länder ihre Aufgaben nicht erfüllt. Es sei hingenommen worden, dass die Kliniken teilweise von ihrer Substanz gelebt hätten. Für Bremen seien die Belastungen durch die Finanzierung des Teilersatzbaus für das Klini-

kum Bremen-Mitte erschwerend hinzugekommen. In Zahlen ausgedrückt hätten im Jahre 2011 die vier kommunalen Krankenhäuser mehr als 31 Mio. Schulden erwirtschaftet. Das sei eine Situation, die man auf Dauer nicht halten könne.

Veränderungen seien daher dringend notwendig. Die nötigen Veränderungen hätten viele Facetten, sie richteten sich an die interne Struktur dieser Krankenhäuser. Kosten müssten minimiert werden, ohne dabei die Qualität der Leistungen zu senken. Im letzten Jahr habe der Senat den von der Geschäftsführung der GeNo entwickelten Zukunftsplan zur Kenntnis genommen. Darin sei beschrieben worden, wie bis zum Jahre 2017 der prekären Situation begegnet werden solle. Dieser Zukunftsplan sehe bereits für das Jahr 2017 schwarze Zahlen vor. Der Senat selbst habe im letzten Jahr erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt. Für die Unterstützung der Krankenhäuser würden in den nächsten Jahren insgesamt knapp € 200 Mio. Euro in die Hand genommen.

Um das für das Jahr 2017 gesteckte Ziel zu erreichen, sei die Verknüpfung der vier eigenständigen Kliniken auf eine Gesellschaft nötig. Doppelstrukturen sollten dadurch vermieden und die Steuerfähigkeit der vier kommunalen Krankenhäuser verbessert werden. In dem Konzept werde u. a. empfohlen, die kinderklinische Versorgung an zwei Standorten zu konzentrieren, Bremen-Mitte und Bremen-Nord. Einen Notlagentarif für die Beschäftigten werde es aber nicht geben. Am 28.03.2014 solle dieses Konzept beraten und beschlossen werden.

Frau Peter erklärt, dass u. a. die Geburtshilfe und die Neonatologie (Frühchen-Station) im Klinikum Links der Weser verbleiben würden.

Frau Dervedde betont, dass im LDW auch in Zukunft die Notfallversorgung von Kindern gewährleistet bleibe. Mit dem Umzug der Kinderklinik in den Neubau des Klinikums Bremen Mitte werde außerdem nicht vor 2017 gerechnet.

Im Beirat und im Publikum wird der Kinderklinik am Standort Links der Weser hohe Bedeutung beigemessen. Für den Stadtteil sei die medizinische Grundversorgung der Kinder sehr wichtig. Unterschiedliche Auffassungen werden im Gremium bezüglich der Forderung nach einem Erhalt der stationären pädiatrischen Versorgung am Standort Links der Weser vertreten.

Der Beirat beschließt daraufhin einstimmig, die Thematik zur Beschlussfassung in den Fachausschuss Soziales, Arbeit, Integration und Gesundheit zu verweisen.

TOP 5. Förderung orts- und stadtteilbezogener Maßnahmen

	Antragstellerin/ Antragsteller	Projekt	beantragte Summe (in Euro)	Empfehlung Fach- /Projekt- ausschuss (in Euro)
1	Pan- Afrikanischer Kulturverein e.V.	Interkulturelle sportliche Begeg- nung	3.000,00	3.000,00
2	Zimmergalerie Kattenturm e.V.	Zwiesprache Lyrik 2014, Stadt- weites Kunst-Kultur-Lyrik Projekt	900,00	900,00
3	Kinder- und Ju- gendfarm Bre- men e.V.	Osterferienprogramm und Ju- gendbeteiligungstag 2014	1.000,00	1.000,00
4	Freizeitgemein- schaft Arsten e.V.	100jähriges Vereinsjubiläum	1.000,00	1.000,00
5	Oberschule Ha- benhausen	Dokumentation und Präsentati- on des Projektes „Hunger- Demokratie-Rock`n`Roll...“ Bremer Schülerinnen und Schü- ler erforschen Erinnerungen an Nachkriegszeit und Neubeginn	1.675,00	1.675,00
6	AWO Funpark	Bau einer Grillhütte im AWO Funpark unter Mitbeteiligung der jugendlichen Besucher des Funparks und mit Unterstützung der BRAS e.V.	5.004,00	5.004,00

Während über die Anträge Nr. 1 und 4 einzeln abgestimmt wird, erfolgt die Abstimmung über die Anträge Nr. 2, 3, 5 und 6 en bloc.

Alle Anträge werden einstimmig angenommen.

Top 6. Genehmigung der Niederschriften vom 14.01.2014 und 11.02.2014

Die Niederschriften werden einstimmig genehmigt.

TOP 7. Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Arndt teilt mit, dass die nächste Beiratssitzung am 01.04.2014 stattfindet. Hauptthema wird die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans – hier insbesondere

die geplante Ausweisung von Vorzugsflächen für Windkraftanlagen in Arsten südlich der Autobahn – sein.

Herr Arndt beendet die Sitzung um 22:00 Uhr

Bremen, den 26.03.2014



Sitzungsleitung und Protokoll
Arndt



Beiratssprecher
Markus